

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

11.02.2012 /19.20-19.50 Uhr
12.02.2012 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/info

Inhalt:

- Abzugs-Wettlauf am Hindukusch? ISAF-Truppensteller wollen Afghanen früher als geplant die Sicherheitsverantwortung übergeben
- Nato-Raketenabwehr – nur symbolische Beiträge der Europäer?
- Keine Forschung für das Militär? Hochschulen streiten über Zivilklausel
- Anti-Terror-Kampf in Somalia – Testfall für verdeckte Kriegsführung der USA?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Diesmal mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien.
Am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Heute geht es um folgende Themen:

- Nato-Raketenabwehr – nur symbolische Beiträge der Europäer?
 - Keine Forschung für das Militär? Hochschulen streiten über Zivilklausel.
- Und:
- Anti-Terror-Kampf in Somalia – Testfall für verdeckte Kriegsführung der USA?

Beginnen wollen wir jedoch mit dem Dauerthema Afghanistan. Offiziell sollen die mehr als 100.000 ausländischen Soldaten bis Ende 2014 den Hindukusch verlassen. Der Abzug hat bereits begonnen. Die Kontingente werden schrittweise reduziert. Doch so manche Regierung möchte ihre Soldaten schon deutlich früher als Ende 2014 zu Hause wissen. Zum Beispiel Paris. Nachdem vier französische Soldaten durch einen Angehörigen der afghanischen Sicherheitskräfte getötet worden sind, kündigte Staatspräsident Sarkozy im vergangenen Monat an, die Truppen würden bereits 2013 das Land verlassen. Und wenig

später erklärte Pentagonchef Panetta, die USA würden schon im kommenden Jahr ihren Kampfeinsatz in Afghanistan beenden. Die US-Soldaten könnten Mitte oder gegen Ende 2013 auf eine Berater- und Ausbilderrolle umschwenken. Der Irak dient dabei als Vorbild. Die Konzentration auf Ausbildung – sie bedeutet zugleich eine deutliche Verringerung der Kampftruppen.

Der durch diese Entwicklung aufgeschreckte NATO-Generalsekretär versuchte in der vergangenen Woche auf der Tagung der Verteidigungsminister dem Eindruck entgegenzutreten, am Hindukusch würden sich die ausländischen Truppen gerade zu fluchtartig absetzen. Anders Fogh Rasmussen:

O-Ton Rasmussen (overvoice)

„Wenn jemand glaubt, dass die ISAF-Mission 2013 beendet sein wird, dann kann ich nur sagen: das ist nicht der Fall. Wir halten uns an den auf dem NATO-Gipfel in Lissabon im November 2010 ausgearbeiteten Fahrplan. Die Übergabe der Verantwortung wird bis Ende 2014 andauern.“

Der Däne ist bemüht, das NATO-Prinzip hoch zu halten, wonach das Bündnis eine Mission gemeinsam beginnt und auch gemeinsam beendet: In together, out together.

Rückendeckung bekommt der NATO-Generalsekretär dabei von Verteidigungsminister de Maizière:

O-Ton de Maizière

„Ich verfolge diese Diskussion mit Erstaunen. Es bleibt bei der Strategie, dass wir die Mission bis 2014 durchführen und bis dahin schrittweise abziehen.“

Schrittweise abziehen. Das heißt aber auch: einige Staaten werden ihre Verbände früher, andere später nach Hause holen. Die Regierungen der Truppensteller stehen unter Druck. Die Bevölkerung will nach mehr als zehn Jahren Krieg, einen schnellen Abzug der Soldaten.

Gerade die Ankündigung der USA, im kommenden Jahr den Kampfeinsatz zu beenden, kann die Bundeswehr in Nordafghanistan in Bedrängnis bringen. Denn die Deutschen sind mit ihren gerade mal sechs CH-53 Hubschraubern

dringend auf die Helikopter der Amerikaner angewiesen – insbesondere auf die die sogenannten MedEvac-Hubschrauber, die Verwundete aus der Kampfzone ausfliegen können. Diese Fähigkeiten hat die Bundeswehr in Afghanistan nicht. Schon jetzt verringern die USA ihre Truppenpräsenz im Norden – auch in Kundus. Im kommenden Jahr werde es dort keine US-Soldaten mehr geben, so die Befürchtung.

Offiziell spricht die NATO, aber auch das Bundesverteidigungsministerium, von Fortschritten in Afghanistan. So versucht man, den schrittweisen Abzug zu rechtfertigen. Die Taliban seien in der Defensive. Die Sicherheitslage habe sich verbessert.

Die UN-Mission in Afghanistan UNAMA kommt in ihrem jetzt vorgelegten Jahresbericht allerdings zu einem ganz anderen Ergebnis. Danach ist die Zahl der Selbstmordanschläge im vergangenen Jahr dramatisch angestiegen, um 80 Prozent gegenüber 2010. Durch ISAF-Luftangriffe seien knapp 190 Zivilisten getötet worden – ein Anstieg von neun Prozent. Nach UN-Angaben sind 2011 über 3.000 Zivilisten getötet worden – acht Prozent mehr als 2010.

Die Zukunft für Afghanistan sieht also nicht rosig aus. Doch die Weichen sind unwiderruflich auf Abzug gestellt. Zwar heißt es, man werde Afghanistan nach 2014 nicht im Stich lassen. Doch der Unterhalt der jetzt im Eiltempo ausgebildeten mehr als 300.000 afghanischen Sicherheitskräfte kostet jährlich rund sechs Milliarden Dollar. Die USA sehen hier vor allem die Europäer in der Pflicht. Nicht zuletzt aufgrund der Finanzkrise gibt es jedoch Zweifel, dass diese Mittel letztlich bereitgestellt werden. Denn inzwischen ist zu hören, dass die gerade in einem Kraftakt ausgebildeten afghanischen Sicherheitskräfte schon demnächst wieder reduziert werden sollen. Auf rund 220.000 Mann. Die Begründung von ISAF-Befehlshaber General John Allen: Von zu großen Streitkräften könnte nach Ende des Konfliktes eine Gefahr für die innere Stabilität Afghanistans ausgehen. Der eigentliche Grund dürfte allerdings ein anderer sein: Weniger Sicherheitskräfte kosten auch weniger Geld.

Zu unserem nächsten Thema:

Die NATO hat auf ihrem Gipfel im November 2010 beschlossen, ein Raketenabwehrsystem aufzubauen, das die Bevölkerung der Mitgliedsstaaten vor Raketenangriffen schützen soll. Ein Jahr zuvor hatte bereits US-Präsident Obama angekündigt, in Europa einen amerikanischen Schutzschild zu errichten. Die USA spielen dann auch bei der NATO-Raketenabwehr eine Schlüsselrolle. Obwohl es sich um ein Bündnisprojekt handelt, sind die Beiträge der Allianzmitglieder eher bescheiden. Jerry Sommer über den gegenwärtigen Stand des Rüstungsvorhabens:

Manuskript Jerry Sommer

O-Ton Rasmussen

„Our goal is to have an interim capability by the time of our summit.“

„Unser Ziel ist es, auf dem Gipfel eine ‚Anfangsbefähigung‘ für das System zu verkünden“, so NATO-Generalsekretär Rasmussen im Juni vergangenen Jahres. Diese Erklärung hat eher symbolische Bedeutung. Adressat ist vor allem die Öffentlichkeit. Denn die USA gehen bei ihren Planungen davon aus, dass ihre in Europa stationierten Abfangsysteme frühestens 2020 in der Lage sein werden, Raketenangriffe auf das gesamte Territorium der europäischen NATO-Staaten abzuwehren.

Um die vom NATO-Generalsekretär angestrebte Anfangsbefähigung bis zum NATO-Gipfel im Mai zu erreichen, müssen noch einige Probleme gelöst werden. Vor allem muss der NATO-Rat die Kommando- und Kontrollbefugnisse und die Einsatzregeln einvernehmlich festlegen. Denn die Systeme, die für die territoriale NATO-Raketenabwehr im vergangenen Jahr bereit gestellt wurden, sind US-Systeme. Seit rund einem Jahr ist ein US-Kreuzer der Aegis-Klasse mit Abfangraketen vom Typ „Standard Missiles 3“, kurz SM-3, im Mittelmeer unterwegs. In der Türkei ist im vergangenen Monat ein neues US-Radar aufgestellt worden, das anfliegende Raketen besser erkennen soll.

Zusätzlich wollen die USA in Rumänien 2015 und in Polen 2018 landgestützte SM-3-Abfangraketen stationieren. Spanien hat seinen Hafen Rota an der Atlantikküste für insgesamt vier US-Aegis-Schiffe mit Abfangraketen zur Verfügung gestellt.

US-Präsident Obama hat angekündigt, dass er diese Systeme in Krisenzeiten der NATO unterstellen wird. Angesiedelt ist das Raketenabwehr-Kommando bei dem NATO-Luftkommando auf der US-Basis im rheinland-pfälzischen Ramstein. Geführt wird es von einem US-General. Auch der NATO-Oberbefehlshaber kommt immer aus den USA. Das letzte Wort hat also Washington, meint die Rüstungsexpertin Svenja Sinjen von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin:

O-Ton Sinjen

„In der Realität hat sich immer gezeigt, wenn bedeutende Fähigkeiten von den Amerikanern in die NATO eingebracht wurden, dass die Amerikaner am Ende des Tages auch über den Einsatz dieser Fähigkeiten entschieden haben. Nach allem, was man bislang absehen kann, wird es auch beim Thema Raketenabwehr dabei bleiben.“

Vor rund zwei Jahren warb NATO-Generalsekretär Rasmussen für die Raketenabwehr unter anderem mit dem Argument, dass sie für alle 28 NATO-Staaten zusammen über 10 Jahre verteilt, nur 200 Millionen Euro kosten würde. Inzwischen aber drängt er auf mehr nationale Beiträge. Rasmussen:

O-Ton Rasmussen (overvoice)

„Der Beitrag der Vereinigten Staaten ist allein nicht ausreichend. Um das gesamte europäische NATO-Territorium effektiv verteidigen zu können, müssen die amerikanischen Anlagen durch Raketenabwehrensensoren und Abfangraketen anderer Nationen ergänzt werden“.

Eine Begründung für diese angebliche Notwendigkeit lieferte Rasmussen allerdings nicht. Eine konkrete Architektur für das Raketenabwehrsystem für Europa liegt bisher nicht vor – niemand weiß, gegen wie viel angreifenden Raketen, wie viele Abfangsysteme welchen Typs benötigt würden und von welcher Abschuss-Erfolgsquote die NATO eigentlich ausgeht. Wenn man den Angaben der Obama-Administration folgt, würden ohnehin die von den USA geplanten

Anlagen ausreichen. Zusätzliche Radaranlagen und Abfangraketen wären also überflüssige Doppelungen.

Außer den USA haben bisher nur die Niederlande einen eigenen nationalen Beitrag angekündigt. Sie wollen die Radaranlagen ihrer vier Flugabwehr-Fregatten für 100 bis 250 Millionen Euro so modernisieren, dass sie ab 2017 zur territorialen NATO-Raketenabwehr beitragen können.

Die Bundesregierung sieht sich offensichtlich ebenfalls unter Druck, sich mit einem eigenen Beitrag zu beteiligen. Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière erklärte in der vergangenen Woche am Rande des NATO-Verteidigungsministertreffens in Brüssel:

O-Ton de Maizière

„Deutschland kann sich vorstellen, die, Patriot'-Raketen, die in Deutschland sind, auch als ein Teil dieses Abwehrsystems zur Verfügung zu stellen.“

Doch was der Minister damit genau gemeint hat, ist unklar. Denn die Patriot-Raketen sind bereits dem Bündnis im Bedarfsfall für die Verteidigung von NATO-Truppen im Einsatz unterstellt. Außerdem hat die Bundeswehr gerade beschlossen, ihre Patriot-Batterien von 24 auf 14 zu reduzieren. Und selbst die moderne Variante, der so genannte Patriot-PAC-3-Flugkörper, hat gegen Raketen eine Reichweite von nur 45 Kilometern. Die Patriot-Abwehrraketen sind damit nur zur Verteidigung von Punktzielen wie Truppenansammlungen oder Häfen in der Lage. Svenja Sinjen:

O-Ton Sinjen

„Grundsätzlich sind diese Systeme gar nicht dafür ausgelegt, größere Flächen gegen Mittelstreckenraketen zu verteidigen. Wenn sie mit System gegen Kurzstreckenraketen wie Patriot eine Fläche verteidigen wollten, müssten sie enorm viele Batterien haben. Das können sie mit Blick auf die Kosten gar nicht leisten.“

Für eine Abwehr von Raketen längerer Reichweite - zum Beispiel aus dem Iran, sind die Patriots zudem wegen ihrer geringen Geschwindigkeit ebenfalls ungeeignet. Allerdings besitzt der Iran gegenwärtig noch gar keine Raketen, die Zentraleuropa erreichen könnten.

Zunehmend wird in Deutschland aber auch die Beschaffung bzw. Umrüstung anderer Systeme diskutiert, um Raketenangriffe auf das Territorium der NATO-Mitglieder abwehren zu können. Svenja Sinjen von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik plädiert dafür, in Zusammenarbeit mit anderen europäischen NATO-Staaten zunächst zehn US-Abfangraketen vom Typ „Standard-Missile-3“ zu kaufen.

O-Ton Sinjen

„Die Mitwirkungsmöglichkeiten in der NATO erhöhen sich für die Europäer zweifelsohne je mehr Fähigkeiten sie einbringen.“

Die Bundesregierung selbst will über zusätzliche Beschaffungen für das Raketenabwehrsystem erst im kommenden Jahr entscheiden. Das Bundesverteidigungsministerium beabsichtigt allerdings, in den nächsten Wochen eine Konzeption für einen „Luftverteidigungsverbund 2020“ vorzulegen. Diese wird, so die Erwartung, dann auch Empfehlungen enthalten, wie Deutschland zur territorialen NATO-Raketenabwehr beitragen kann. Eine Möglichkeit wäre - auch angesichts der Sparzwänge, unter denen die Bundeswehr steht – die von Verteidigungsminister de Maizière angedachte Einbeziehung der bereits vorhandenen Patriot-Systeme. Das wäre aber ein eher symbolischer Beitrag. Denn für die territoriale Raketenabwehr sind die Patriots praktisch nicht geeignet. Eine andere Variante wäre, die Radaranlagen der drei F-124 Fregatten zu modernisieren, die bereits jetzt auf die Flugabwehr spezialisiert sind. Für diesen Weg haben sich die Niederländer entschieden. Kostenpunkt: wohl mindestens 60 Millionen Euro pro Fregatte.

Schließlich bestünde die Möglichkeit, von den USA Raketenabwehrsysteme vom Typ „Standard Missile 3“ zu kaufen. Voraussichtliche Kosten: Sieben bis 15 Millionen Euro je Flugkörper. Von dieser SM-3-Abfangrakete gibt es bisher nur eine schiffsgestützte Version. Die drei deutschen F 124-Fregatten sind bereits mit geeigneten Abschussvorrichtungen ausgestattet. Die KIELER NACHRICHTEN berichteten im vergangenen Monat von Überlegungen der Bundeswehr, für die F124-Fregatten bis zu 24 solcher Abfangraketen zu kaufen.

Doch die gegenwärtig produzierte SM-3-Abfangrakete ist nur in der Lage, Raketen mit einer Reichweite von unter 800 Kilometern abzufangen. Aber selbst hoher Wellengang kann den erfolgreichen Abschuss verhindern. Außerdem sind diese Abfangraketen bisher nur unter unrealistischen Bedingungen getestet worden, erklärt Götz Neuneck vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik:

O-Ton Neuneck

„Ein Gegner darf nicht sogenannte Gegenmaßnahmen ergreifen. Das sind technische Tricks, um die Raketenabwehr auszukontern. Wenn das passieren sollte, dann hätte auch die heutige Raketenabwehr große Schwierigkeiten.“

Die USA arbeiten allerdings an der Weiterentwicklung der vorhandenen SM-3-Abfangraketen. Würde sich Deutschland für eine solche modernisierte Version der SM-3 entscheiden, müsste die Bundeswehr jedoch die Katze im Sack kaufen. Denn der bisher einzige Test der neuen SM-3-Version im September war ein Fehlschlag. Und Probleme gibt es auch bei der vorgesehenen weiteren Modernisierungsversion. Die Arbeiten an diesem Flugkörper verzögern sich. Sie sollen erst 2016 abgeschlossen sein, zwei Jahr später als ursprünglich geplant.

Die Bundesregierung wird sich deshalb gut überlegen müssen, ob sie trotz dieser technischen Unzulänglichkeiten SM-3-Raketen für die territoriale NATO-Raketenabwehr kaufen will. Denn es ist nicht ausgeschlossen, dass Deutschland Geld ausgibt für technologisch unausgereifte Raketenabwehrsysteme, die gegen eine iranische Bedrohung gerichtet sind, die es noch gar nicht gibt. Ein solcher Schritt könnte gleichzeitig die Beziehungen zu Russland verschlechtern, eine Aufrüstungsspirale in Gang setzen und eine weitere nukleare Abrüstung behindern. Konfliktforscher Götz Neuneck hält unter diesen Gesichtspunkten deutsche Raketenabwehr-Beschaffungen nicht für sinnvoll:

O-Ton Götz Neuneck

„Das sind Ausgaben, die im Augenblick nicht gerechtfertigt sind, weil die Bedrohung aus dem Iran bisher nicht ein Ausmaß erreicht hat, dass man davon sprechen kann, dass eine ernste Bedrohung besteht.“

Flocken:

Ein Bericht von Jerry Sommer. Mehr zum Thema auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/info.

Soll an Universitäten auch Rüstungsforschung für das Militär betrieben werden? Immer mehr Hochschulen lehnen das ab, haben sich daher eine sogenannte Zivilklausel gegeben. Der Akademische Senat der Universität Bremen hat sich beispielsweise im vergangenen Monat noch einmal ausdrücklich zu seiner Zivilklausel bekannt und damit Forschung zu Rüstungszwecken abgelehnt. Doch die Zivilklauseln sind umstritten. Dirk Eckhart berichtet:

Manuskript Dirk Eckert

Deutsche Hochschulen sind zur Finanzierung von Forschung und Lehre immer mehr auf Gelder von außen, sogenannte Drittmittel, angewiesen. Von 2002 bis 2009 hat sich der Betrag, den ein Professor im Durchschnitt eingeworben hat, von knapp 80.000 auf rund 140.000 Euro erhöht. Darunter sind auch Gelder aus dem Verteidigungsministerium, denn an Hochschulen wird auch für die Bundeswehr geforscht.

An allen Hochschulen? Nein, einige weigern sich aus Prinzip, für das Militär oder für Rüstungsunternehmen zu arbeiten. Sie haben sich sogenannte Zivilklauseln gegeben und sich damit verpflichtet, nur für friedliche Zwecke zu arbeiten. Es könnten demnächst aber erheblich mehr Universitäten werden. Studentische Initiativen, unterstützt von Gewerkschaften und pazifistischen oder antimilitaristischen Gruppen, sammeln Unterschriften und protestieren gegen Projekte im Auftrag der Bundeswehr.

An der Universität Köln zum Beispiel haben die Studenten eine Abstimmung über die Zivilklausel organisiert: Rund 66 Prozent der Studierenden stimmten dafür. Die Verwaltung lässt das Anliegen jetzt von einer Kommission prüfen. Militärische und zivile Forschung müssten strikt getrennt werden, fordert Katharina Sass, Mitglied im AStA der Universität:

O-Ton Sass

„Wir meinen, dass es darüber eine demokratische Debatte geben muss - innerhalb der Universität unter allen Mitgliedern der Universität: Zu welchem Zweck wollen wir forschen und lehren? Wem soll das nützen? Darüber muss es eine Debatte geben.“

Für die Bundeswehr könnte die Zivilklausel-Bewegung noch zum Problem werden. An mehreren Dutzend Hochschulen gibt es Projekte der Bundeswehr. Geforscht wird etwa an neuen Panzerungen, Kommunikationstechnik, aber auch im Bereich Wehrmedizin, etwa zur Behandlung traumatisierter Soldaten. Von 1991 bis 2005 hat das Verteidigungsministerium 105,6 Millionen Euro Drittmittel an die Hochschulen vergeben. Das geht aus der Antwort der Bundeswehr auf eine Kleine Anfrage der Fraktion „Die Linke“ im Bundestag im Oktober 2010 hervor.

Einstweilen hat sich das Verteidigungsministerium wohl darauf festgelegt, das Thema nicht noch durch eigene Kommentare hochzukochen. Gegenüber der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG behauptete das Ministerium im Januar vergangenen Jahres, noch nie etwas von der Zivilklausel gehört zu haben. Auch auf erneute Nachfrage von NDR Info wollte sich das Verteidigungsministerium zum Thema nicht äußern. Offensichtlich wird man im Verteidigungsministerium nicht gerne darauf angesprochen, was sich an den Hochschulen zusammenbraut.

Dabei gibt es Zivilklauseln an deutschen Hochschulen schon lange. Im Kernforschungszentrum Karlsruhe, inzwischen im Karlsruher Institut für Technologie aufgegangen, gilt schon seit der Gründung 1956, dass zu „ausschließlich friedlichen Zwecken“ geforscht werden darf. Das war damals eine Auflage der Alliierten. Die Universität Bremen wiederum hat unter dem Eindruck des amerikanischen Raketenabwehrprogramms SDI und des Rüstungswettlaufs im Weltraum 1986 eine Zivilklausel eingeführt, die vor allem die Weltraumforschung auf friedliche Ziele festlegen sollte. In dem Beschluss heißt es:

Zitat

„Der Akademische Senat lehnt jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung ab und fordert die Mitglieder

der Universität auf, Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können.“

Diese Zivilklausel hat die Universität Bremen im vergangenen Monat noch einmal ausdrücklich bestätigt. Ähnliche Klauseln gibt es heute an Hochschulen in Berlin, Dortmund, Konstanz, Oldenburg und Tübingen. In Niedersachsen war eine Zivilklausel sogar von 1993 bis 2002 Teil des Landeshochschulgesetzes. Trotzdem lehnen viele Hochschulen eine Zivilklausel als Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft ab.

Doch solche Bedenken hält der emeritierte Rechtsprofessor Erhard Denninger für unbegründet. In einem Gutachten für die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung kommt er zu dem Ergebnis, dass durch Zivilklauseln die Wissenschaftsfreiheit nach Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz nicht gefährdet ist. Der Wissenschaftler sei in seinen Forschungen zwar frei, schreibt Denninger. Welche Mittel wofür aufgewendet werden, sei aber Sache der zuständigen Organe.

Auch die Bundesregierung ist ähnlicher Ansicht. Als das Kernforschungszentrum Karlsruhe, inzwischen Forschungszentrum Karlsruhe (FZK), am 1. Oktober 2009 mit der Universität Karlsruhe fusionierte, wurde debattiert, ob nun auch die Zivilklausel auf die ehemalige Universität ausgeweitet werden solle. Der Landtag von Baden-Württemberg entschied letztlich, dass die Klausel nur im entsprechenden Teilbereich des neuen Karlsruher Instituts für Technologie gelten solle. In diesem Streit nahm im Juli 2009 auch die Bundesregierung Stellung – und billigte die Zivilklausel:

Zitat

„Nach Auffassung der Bundesregierung hat sich das Verhältnis von Wissenschaftsfreiheit und Zivilklausel seit der Gründung des FZK als eine Großforschungseinheit bewährt.“

Rechtlich dürfte den Zivilklauseln also nichts im Wege stehen - kein Wunder, gelten sie doch seit Jahren ohne juristische Beanstandung. Was geforscht und gelehrt werden soll, könne jede Hochschule selbst entscheiden, betont auch Georg Wilhelm Adamowitsch, der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes

der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV). Eine andere Frage sei aber, ob die Zivilklausel sinnvoll sei:

O-Ton Adamowitsch

„Ich glaube, dass wir uns künftig mit ganz anderen Fragen im Bereich von Sicherheit befassen müssen, als wir es heute tun. Ich will hier nur das Thema Klima und Sicherheit ansprechen: Das hat völlig neue juristische Aspekte, es hat technische Aspekte, es hat innovationstechnische Fragen. Und wenn eine Hochschule sich entscheidet, aus diesem Bereich auszusteigen, dann ist das nach meiner Beurteilung einengend.“

Tatsächlich ist es bislang nur eine Minderheit der Hochschulen, die ihre Arbeit auf friedliche Zwecke festlegen will. Und auch die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg will von einer gesetzlich verankerten Zivilklausel nichts mehr wissen, obwohl Grüne wie SPD eine solche vor der Wahl gefordert hatten.

Für die Universität Köln zum Beispiel würde eine Zivilklausel bedeuten, dass ein Projekt zur Erforschung von posttraumatischen Belastungsstörungen, das die Bundeswehr mit fast 500.000 Euro bezuschusst hat, nicht hätte durchgeführt werden können. Das heiÙe aber nicht, dass traumatisierten Soldaten nicht geholfen werden dürfe, betont Katharina Sass vom AStA der Universität Köln. Solche Forschung dürfe nur nicht im Militärauftrag stattfinden, argumentiert die Zivilklausel-Befürworterin:

O-Ton Sass

„Wir sind natürlich dafür, dass traumatisierten Soldaten geholfen wird. Wir sind dagegen, dass ihnen geholfen wird mit der Absicht, sie wieder einsatzfähig zu machen. Wir meinen, wenn man so etwas macht und sich überlegt, wie kann man diesen Menschen helfen, dann muss auch der Mensch im Fokus stehen und nicht das militärische Interesse.“

Nicht immer wirken die Zivilklauseln allerdings so, wie es sich ihre Befürworter versprechen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen nämlich auch, dass Hochschulen bei der Auslegung der Friedenspflicht bisweilen sehr kreativ vorgehen. So wurde an der Universität Tübingen erforscht, wie Menschen medizinisch geholfen werden kann, die Opfer von chemischen Waffen geworden sind. Die Wissenschaftler sahen in diesem Projekt keinen Verstoß gegen die Zivilklausel

- obwohl das Verteidigungsministerium das Vorhaben mit knapp einer halben Million Euro unterstützt hat.

Und an der Universität Bremen will das Unternehmen OHB Systems eine Professur für Raumfahrttechnologie stiften. Die Firma hat das Satellitensystem „SAR-Lupe“ für die Bundeswehr entwickelt. Die Universitätsleitung hat damit trotz der Zivilklausel kein Problem – weil die Professur der Grundlagenforschung dienen sollte.

Doch nicht nur Auftragsarbeiten für Verteidigungsministerium und Rüstungsindustrie stehen auf dem Prüfstand, wenn Hochschulen Zivilklauseln einführen. An vielen Universitäten gibt es Lehrbeauftragte, die zugleich für die Bundeswehr tätig sind bzw. auf Mittel des Verteidigungsministeriums zurückgreifen. Sie sind den Zivilklausel-Befürwortern ebenso ein Dorn im Auge wie beispielsweise Wolfgang Ischinger: Als der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz in Tübingen eine Honorarprofessur antreten sollte, gab es Proteste. Die Universitätsleitung entschied, dass Ischinger bleiben könne – trotz Zivilklausel.

* * *

Flocken:

Die US-Streitkräfte befinden sich im Umbruch. Nach den Vorstellungen der US-Militärs gehören offene Feldschlachten gegen Armeen anderer Staaten längst der Vergangenheit an. Man konzentriert sich stattdessen auf die verdeckte Kriegsführung, auf Operationen gegen Terroristen und nichtstaatliche Akteure. Instrumente hierfür sind u.a. Kommando-Einsätze und Drohnen, also unbemannte Flugzeuge. In Somalia wird dieser verdeckte Krieg bereits geführt - von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt. Antje Diekhans weiß mehr:

Manuskript Antje Diekhans

O-Ton Obama

(Beifall) Good job tonight. Good job tonight.”

„Ihr habt heute Nacht gute Arbeit geleistet“ gratulierte US-Präsident Obama seinem Verteidigungsminister Ende Januar nach einem Einsatz von Spezialkräften in Somalia. Die Eliteeinheiten der Navy Seals hatten eingegriffen – die gleiche Truppe, die auch das Versteck von Osama bin Laden in Pakistan gestürmt und den Terrorchef getötet hatte. Das US-Spezialkommando drang im Schutz der Dunkelheit mit Hubschraubern in Somalia ein und befreite zwei Geiseln, die von Piraten gefangen gehalten wurden. Keiner der Piraten überlebte die Aktion. Amerika wollte deutlich machen: Wir dulden es nicht, wenn US-Bürger entführt werden. US-Vizepräsident Joe Biden:

O-Ton Biden (overvoice)

„Der Einsatz war lange vorbereitet worden. Obama hat einen Tag vorher dann zugestimmt. Wir mussten eingreifen, weil sich der Gesundheitszustand einer Geisel deutlich verschlechtert hatte. Die Spezialkräfte haben mal wieder ihr Können unter Beweis gestellt – diese Jungs sind einfach unglaublich.“

Eine ungewöhnlich offene Stellungnahme. Sonst ist das Vorgehen der USA in Somalia meist geheime Verschluss-Sache. Wohl auch um zu vermeiden, dass sich das Desaster vom Beginn der neunziger Jahre wiederholt. Der Einsatz in dem ostafrikanischen Land war damals für die Weltmacht USA zu einem Alptraum geworden. Sie ließ sich von einem somalischen Kriegsherrn vorführen. Eine Katastrophe, die später von Hollywood unter dem Titel Black Hawk Down verfilmt wurde:

Atmo: Black Hawk Down

„Wir haben einen Blackhawk am Boden“, ging der Funkspruch der US-Armee raus. Die Somalier hatten zwei Hubschrauber abgeschossen. 18 GIs wurden getötet. Eine johlende Menge schleifte ihre Leichen vor laufenden CNN-Kameras durch den Staub von Mogadischu. Danach waren der US-Einsatz und die Mission der Vereinten Nationen in Somalia bald Geschichte. Das Land wurde zur No-Go-Zone und blieb sich selbst überlassen. Der UNO-Sondergesandte für Somalia, Augustine Mahiga, kritisiert das mangelnde Engagement der internationalen Gemeinschaft:

O-Ton Mahiga (overvoice)

„Der erste Fehler der Vereinten Nationen war, dass sie den Militäreinsatz in den neunziger Jahren vorzeitig abgebrochen haben. Somalia wurde buchstäblich aufgegeben. Kriegsfürsten und internationale Terroristen haben den Freiraum genutzt, der dadurch entstanden ist. Unter deren Einfluss ist das Land mehr und mehr zerfallen.“

Wechselnde Kriegsherren und Islamisten terrorisieren seit mehr als zwanzig Jahren die Bevölkerung. Die Al-Shabaab-Miliz, die große Teile Somalias unter ihrer Kontrolle hat, brüstet sich, eng mit Al Qaida zusammenzuarbeiten. Die USA können dem nicht tatenlos zusehen – aber ihr Engagement ist versteckt, sagt der Somalia-Experte Rashid Abdi, der verschiedene Organisationen und Botschaften berät:

O-Ton Abdi (overvoice)

„Mit der Regierung Obama hat ein Umdenken eingesetzt. Die USA setzen jetzt verstärkt auf Einzeloperationen und auf spezielle Taktiken. Beispielsweise werden die Navy Seals geschickt und es werden Drohnen eingesetzt. Die neue Sichtweise im Pentagon und auch innerhalb der CIA ist, dass die künftigen Kriege nicht mit großem Militäreinsatz geführt werden.“

Das Kämpfen überlassen die USA den anderen. Soldaten der Afrikanischen Union aus Uganda und Burundi gehen gegen die Islamisten vor. Mitte vergangenen Jahres ist es ihnen gelungen, Al Shabaab aus der Hauptstadt Mogadischu zu vertreiben. Im Oktober rückten dann auch noch Truppen aus dem benachbarten Kenia ein. Auslöser dafür waren Entführungen. Touristinnen und Helferinnen im Flüchtlingslager Dadaab waren nach Somalia verschleppt worden. Der kenianische Außenminister Moses Wetangula sagte damals:

O-Ton Wetangula (overvoice)

„Wir wollen die Grenze sichern. Wir sind stark genug, um unser Land und unsere Bevölkerung zu verteidigen. Niemand wird mehr nach Kenia eindringen und hier tun und lassen, was er will. Diese Zeiten sind vorbei.“

Die kenianischen Soldaten sollen jetzt in die Somalia-Mission der Afrikanischen Union eingegliedert werden. Die USA leisten finanzielle Unterstützung. Einem Bericht der WASHINGTON POST zufolge wurden seit 2007 mehr als 500 Millionen Dollar ausgegeben, um die AU-Truppen in Somalia auszubilden und auszurüsten – verglichen mit den Ausgaben im Irak oder Afghanistan ist das ein

Kleckerbetrag. Aber das Augenmerk der US-Regierung scheint sich zuletzt mehr auf Ostafrika zu richten. Rashid Abdi:

O-Ton Abdi (overvoice)

„Im vergangenen Jahr haben sie ihr Militär hier verstärkt, Die USA haben Drohnen aus anderen Regionen hierher verlegt und eine Basis in Äthiopien eingerichtet. Auch Dschibuti wird verstärkt als Stützpunkt genutzt. Die Drohnen-Einsätze in Somalia haben stark zugenommen.“

Auch von den Seychellen starten die unbemannten Flugzeuge. Operationen unter strengster Geheimhaltung. Nur manchmal wird dann doch etwas bekannt – so wie Mitte vergangenen Jahres, als die USA mit einer bewaffneten Drohne versuchten, zwei ranghohe Mitglieder von Al Shabaab auszuschalten. Oder wenn mal wieder eine unbewaffnete Drohne abstürzt. Nach Augenzeugenberichten passierte das erst vor wenigen Tagen. Ein Aufklärungsflieger krachte in ein somalisches Flüchtlingslager in der Nähe von Mogadischu. Soldaten der Afrikanischen Union sollen die Drohne mitgenommen haben:

O-Ton Abdi (overvoice)

„Die Systeme sind anfällig. Auch wenn man nach Pakistan guckt – das Pentagon muss sich langsam Sorgen machen, wie häufig die Drohnen abstürzen. Sie fallen einfach vom Himmel.“

In Somalia werden den Experten zufolge vor allem unbewaffnete Drohnen eingesetzt. Ziel: Informationen über Al-Shabaab-Hochburgen sammeln. Das Material werde an die AU-Truppen weitergegeben. Rashid Abdi:

O-Ton Abdi (overvoice)

„Die Amerikaner sprechen nicht offen darüber. Sie geben nicht zu, dass die Geheimdienstinformationen auch von anderen genutzt werden. Aber das ist die Abmachung: Die USA helfen den AU-Truppen und den kenianischen Kräften, auf diese Weise gezielter vorzugehen. Die Kenianer planen, jetzt verstärkt aus der Luft anzugreifen. Die USA wollen nicht, dass sie dafür veraltete Daten nutzen, weil es dann mehr zivile Opfer geben könnte.“

Am Boden verbucht die kenianische Armee schon seit Wochen keine Erfolge mehr. Der Gegner hat sich unsichtbar gemacht. Die Al-Shabaab-Kämpfer haben sich in den Untergrund zurückgezogen – und sammeln dort ihre Kräfte.

Aber nicht nur das macht es unwahrscheinlich, dass die Islamisten dauerhaft besiegt werden können:

O-Ton Abdi (overvoice)

„Es ist zwar gut, Al Shabaab militärisch unter Druck zu setzen. Aber gleichzeitig muss an politischen Lösungen gearbeitet werden. Die Regionen, aus denen die Islamisten vertrieben wurden sind Niemandland – Clan-Führer bewaffnen sich hier wieder, es ist wie ein Rückfall in alte Zeiten. Alle sind so darauf aus, Al Shabaab zu besiegen, dass keiner darüber hinaus denkt.“

Es fehlt an einer Strategie für Somalia – auch wenn die USA im Hintergrund mehr und mehr ihre Muskeln spielen lassen. Allein mit militärischen Mitteln lässt sich keine Zukunft für das ewige Kriegsland erkämpfen. Das Land ist zerrüttet, ein Großteil der Bevölkerung ist auf Unterstützung von außen angewiesen. Der Leiter einer lokalen Hilfsorganisation in Mogadischu, Omar Olad, rechnet wie die meisten in Somalia nicht mehr damit, irgendwann Frieden zu erleben:

O-Ton Olad (overvoice)

„In diesem Land gilt das Gesetz des Dschungels. Jeder kann jederzeit erschossen werden; Plünderungen und Vergewaltigungen sind alltäglich. Für uns gibt es bis heute nicht einen Funken Hoffnung.“

* * *

Flocken:

Ein Bericht von Antje Diekhans.

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien.

Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen: unter ndr.de/info. Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann jeweils das aktuelle Manuskript der Sendung kostenlos per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.